

# KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

3/Mai-Juni 2015

**Livia Klingl**

**über AsylwerberInnen** Seite 14

**TrainerInnen**

**vor der Kündigung** Seite 20



## Der nützliche Staat

**Wie der Staat Innovationen schafft**

ab Seite 4

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

# Inhalt

## Thema

- 04 Robert Misik: Der nützliche Staat
- 10 Kommentar von Wolfgang Katzian

## Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Kürzer Arbeiten
- 14 Livia Klingl über AsylwerberInnen
- 16 Warnstreik im Sozialbereich in OÖ

## Arbeitswelt

- 17 Kurzmeldungen
- 18 Sand im Getriebe der Druckereien
- 20 TrainerInnen zwischen Burn-out und Kündigung
- 22 Bundesforum und Bundesfrauenforum

## Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 Recht aktuell: Ihre Rechte bei einem Betriebsübergang
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



Michael Mazohl - ÖGB-Verlag

### Der nützliche Staat

14



© It dpa / picturedesk.com

### AsylwerberInnen

20



© dewi

### Arbeitslose TrainerInnen

#### IMPRESSUM

Leserbriefe an [kompetenz@gpa-djp.at](mailto:kompetenz@gpa-djp.at)

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer

Chefin vom Dienst: Dr Barbara Lavaud, [barbara.lavaud@gpa-djp.at](mailto:barbara.lavaud@gpa-djp.at) Redaktion und Anzeigen: Alexander Kobinger, [alexander.kobinger@gpa-djp.at](mailto:alexander.kobinger@gpa-djp.at)

Artdirection: Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Layout: Peter-Paul Waltenberger

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstr. 21 Verlags Wien

Herstellungen Neudörf

Cover-Foto: Michael Mazohl - ÖGB-Verlag

DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352

Offenlegung nach §25 Mediengesetz:

[www.gpa-djp.at/offenlegung](http://www.gpa-djp.at/offenlegung)

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



# Haltung statt Taktik

von Dwora Stein

**D**ie Flüchtlingsfrage scheint immer mehr zu einer Gretchenfrage der österreichischen Innenpolitik zu werden. Als wir dieses Heft geplant haben, ging es noch darum, ob Asylsuchende in Zeltstädten untergebracht werden sollten – wir finden: nein, das ist die falsche Lösung –, kurz darauf wurden in gleich zwei Bundesländern Landtagswahlen mit ausländerfeindlichen Parolen geschlagen. Und in der Folge kam es zu politischen Diskussionen und Pakten, die dazu beigetragen haben, dass Fremdenhass und Ausgrenzung mit einem Mal wieder salonfähig werden.

Wir glauben hingegen als Gewerkschaft, dass Sozialpolitik für ArbeitnehmerInnen auf andere wirtschaftliche Überzeugungen gegründet sein muss, als auf den „die Ausländer sind an allem Schuld“-Reflex. Nicht jede politische Gruppierung, die sich als „Partei des kleinen Mannes“ bezeichnet, bringt auch tatsächlich soziale politische Positionen ein. Hier handelt es sich leider um einen Etikettenschwindel. Die Regierungsbeteiligungen rechter Parteien in Österreich in den vergangenen Jahren haben deutlich gemacht, dass hier weder sozialpolitische Fortschritte noch neue Errungenschaften für die ArbeitnehmerInnen durchgesetzt wurden.

Im Gegenteil. Und alle die glauben, wir könnten uns die Flüchtlinge nicht leisten, seien daran erinnert, dass wir uns in Wahrheit keine zweite Hypo Alpe Adria leisten können, die das Land Kärnten an den Rand des Bankrotts gebracht hat.

Als Gewerkschaft halten wir es außerdem für asozial, genau jene abweisen zu wollen, die unsere Unterstützung am dringendsten benötigen. Menschen, die sich vor Bürgerkriegen und politischen katastrophalen Zuständen in ihren Heimatländern mit knapper Not nach Europa retten konnten, haben ein Recht auf Hilfe und verdienen alles nur keine Ausländer-raus-Parolen.

Auch wenn sich entlang der Fragen zu den neuen politischen Koalitionen nun ideologische Gräben auftun, so müssen wir hier kompromisslos bleiben. In solchen Momenten braucht es Haltung und Mut, um den Opportunisten nicht nachzugeben, die abwiegeln und meinen, es „würde doch so schlimm nicht kommen“. Doch, es kommt genau so schlimm – Demonstranten vor Flüchtlingsunterkünften mit Schildern, auf denen „Nein zum Asylantenheim“ zu lesen ist, sind da nur ein erster Vorgeschmack. ■



# Der nützliche Staat

*Mit Parolen wie „Weniger Staat, mehr Privat“ wird der Staat seit Jahren schlechtgeredet. Dabei ist er der wichtigste Motor für Innovation und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit.*

*von Robert Misik*



© Michael Mazochi - ÖGB-Verlag

*Nicht die genialen Tüftler in Start-ups bringen Innovation und Wachstum, sondern der Staat.*

**N**ach dreißig Jahren ideologischem Trommelfeuer hat der Staat keinen allzu guten Leumund. Die neoliberale Ideologie hat es geschafft, ihn als bürokratisches Monstrum darzustellen, der „der Wirtschaft“ mit hohen Steuern, unsolidem Wirtschaften und Verschwendung auf der Tasche liegt. Verdichtet hat sich das in der ebenso simplen wie eingängigen Parole: „Weniger Staat, mehr Privat.“

In der populären Boulevardpresse fielen die Anti-Staats-Parolen auf fruchtbaren Boden. Hier werden Politiker und Staatsbeamte gerne als faule Sesselfurzer dargestellt, die „unser Geld“ verbraten. Dass der

Staat ja tatsächlich vielen Bürgern oft als bürokratisches Monstrum entgegentritt, in dessen Netz man sich verheddert oder dem man bisweilen in Gestalt unwirscher Beamter oder Polizisten begegnet, hat es sicherlich auch erleichtert, ihn in schlechtes Licht zu rücken.

### Staat als Garant in der Krise

Dabei ist all das ziemlich absurd, bedenkt man, dass Manager von Banken und Unternehmen sofort nach dem Staat rufen, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht. Dann wird nicht nur ganz egoistisch der Steuerzahler dafür eingespannt, den eigenen Managerjob und das betreffende Unternehmen zu retten, das Ganze wird dann meist auch wirtschaftstheoretisch aufpoliert: Der Staat habe, im Notfall, eben die Aufgabe, ökonomische Stabilität zu garantieren, weshalb etwa Banken, deren Zusammenbruch eine wirtschaftliche Katastrophe auslösen würde, eben gerettet werden müssten. Und in der Krise habe der Staat ganz generell die Aufgabe, einen Totalabsturz der Konjunktur zu verhindern. Im Notfall, was so viel heißt wie: Jenseits des Normalfalls wird selbst der ärgste Neoliberaler noch zum Staatsfan. „Wir sind alle Keynesianer, wenn wir im Erdloch sitzen“, sagte etwa Nobelpreis-

**Der Staat hat eine grundlegende Bedeutung für den Erfolg von Unternehmen.**

träger Robert Lucas, einer der führenden neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler am Höhepunkt der Finanzkrise, in Anspielung an die Wirtschaftstheorie John Maynard Keynes, die die Bedeutung des Staates im Wirtschaftsleben betont und die jahrzehntelang totgesagt wurde. Soll heißen: In normalen Zeiten solle der Staat, schön verschlankt und

möglichst passiv, am Rande stehen, aber bereit sein, im Katastrophenfall einzuspringen.

Dabei ist der simple Lehrsatz „Die Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht“ – also, dass letztendlich allein und vor allem privatwirtschaftliche Unternehmen für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Innovation sorgen – auch in scheinbar normalen Zeiten falsch. Auch wenn immer wieder behauptet wird, dass es vor allem geniale Tüftler in irgendwelchen Start-Ups sind – Computerbastler wie Bill Gates in ihren legendären Garagen, in denen sie innovative Unternehmen gründen, die dann zu Weltmarktführern werden –, die ökonomische Ideen austüfteln, die zu Wachstum führen.

### Grundlagenforschung

Mariana Mazzucato, eine in Großbritannien forschende Ökonomin, wurde nun zum neuen Star der Wirtschaftswissenschaften, indem sie genau und detailreich zeigte, wie falsch dieses Bild ist. Selbst für den eigentlichen Kern des Wirtschaftens – also die Entwicklung neuer Produkte und revolutionärer Innovationen –, treffe das nicht zu, so Mazzucato. Auch wenn wir heute darauf gedrillt sind, den Staat als „träge“ und „schwerfällig“ anzusehen, die Unternehmen dagegen als „wettbewerbsfähig“ und „innovativ“, so sei nichts falscher als das.

Die ganze Geschichte der großen Innovationen, von der Eisenbahnrevolution bis zur Energiegewinnung, von der Atomenergie bis zur massiven Ausbeutung der Wasserkraft zeigt nachdrücklich: Die massive Mobilisierung von Ressourcen, ganz zu schweigen von der vorangehenden Grundlagenforschung, wurde vom Staat geleistet, und in diesem innovativen Gärhaus ist die profitable Anwendung durch

Privatfirmen am Ende nur noch der Bubble obendrauf.

Und das gilt erst recht für die großen Innovationen der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart wie Computertechnologie, Internet, Pharmarevolution, Nanotechnologie, Raumfahrt. Das hat auch einen systemischen Grund, so Mazzucato: Große technologische Revolutionen verschlingen zunächst einmal ungeheuer viel Kapital, ob daraus aber irgendwann einmal Renditen entspringen ist dagegen meist unklar. Für private Investoren ist das viel zu riskant, ein solches Großrisiko kann nur der Staat tragen. Nicht der Staat ist träge und die Unternehmen unternehmerisch, das Gegenteil ist der Fall: Die Unternehmen sind viel zu vorsichtig, solche Risiken übernimmt nur der Staat, der viel „tollkühner“ ist als Unternehmen, die meist schon die Rendite im nächsten Quartal im Auge haben: „Selbst in Boomphasen gibt es viele risikobehaftete Bereiche, vor denen Privatunternehmen zurückscheuen, in denen jedoch der Staat als Pionier vorangeht.“

Mazzucatos nachdrückliche Botschaft: Vergesst die Start-Ups! Ihre Rolle wird systematisch übertrieben!

### Apple profitiert vom Staat

Exemplarisch für all das ist die Firma Apple, der sich Mazzucato detailliert widmet, nicht weil sie Apple nicht mögen würde, sondern weil die Firma als Paradebeispiel des innovativen Genies freien Unternehmertums gilt. Dabei ist eher das exakte Gegenteil der Fall. „Tatsächlich steckt im iPhone nicht eine einzige Technologie, die nicht staatlich finanziert wurde.“ Die Computertechnologie wurde in Labors gemeinsamer staatlicher und privater Forschungen in den Sechziger- und Siebzigerjahren entwickelt. Mikroprozessoren, Halbleitertechnik, alles beruht auf staatlicher Grundlagenforschung und

staatlich orchestrierter Innovation. Das Internet entsprang ohnehin, wie jeder weiß, einem Megaprojekt des amerikanischen Verteidigungsministeriums. Der Touchscreen wurde wesentlich in britischen Labors entwickelt, die sich verteidigungsrelevanten Technologien widmeten, GPS-Satellitentechnologie usw., die Liste ließe sich fortsetzen. Die private unternehmerische Leistung liegt allenfalls in der finalen Bastellei und im genialen Design – und natürlich im Marketing, das uns einredet, dass wir ohne all diese Dinge nicht mehr überleben könnten.

*Erfolgreiche Unternehmen wie z. B. Apple profitieren von der staatlich finanzierten Forschung: „Tatsächlich steckt im iPhone nicht eine einzige Technologie, die nicht staatlich finanziert wurde.“*



### Robert Misik

Robert Misik ist Journalist, Sachbuchautor und lebt in Wien. Er schreibt regelmäßig in Der Standard, im Falter, für profil und die Berliner „tageszeitung“. Seine Blogs finden sich unter [www.misik.at](http://www.misik.at).

Obwohl all diese Fakten für jeden bekannt sind (oder zumindest bekannt sein könnten), haben wir fast alle ein falsches Bild vom Staat und von Unternehmen im Kopf, das nichts als die Folge ideologischer Verblendung ist. Ein erfolgreicher, innovativer Kapitalismus brauchte immer einen starken, aktivistischen Staat, und je komplexer die Aufgaben und die Gesellschaften umso mehr. Nicht der Staat ist innovativ und auch nicht die Unternehmen, sondern eine Kombination von staatlichem und unternehmerischen Aktivismus. Und dafür braucht es eben gute Unternehmen und einen klug agierenden, finanziell gut ausgestatteten Staat.

### Multis zahlen keine Steuern

Es hat natürlich einen ziemlich simplen Grund, warum Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Erfolg dem Staat verdanken, uns glauben machen wollen, dieser sei primär Folge ihrer ökonomischen Brillanz: Es legitimiert ihre Versuche, ein möglichst großes Stück des Reichtums in ihre Taschen zu wirtschaften. Es sind ja gerade jene Unternehmen, die extrem von der staatlichen Forschung und Innovation,

aber auch von der staatlichen Ausbildung ihrer Fachkräfte profitieren, die dann ihre Unternehmenssitze in Steueroasen verlegen. Diese völlig legale Form des Steuerbetruges führt beispielsweise dazu, dass ein Multi wie Amazon trotz eines Umsatzes von 8,7 Milliarden Euro in Deutschland gerade einmal 3,2

**Ein innovativer Kapitalismus braucht einen starken, aktivistischen Staat.**

Millionen an Steuern bezahlt. Wie viel die raffinierten Geldverschiebungsgeschichten großer Multis insgesamt global kosten, ist nach den Worten des Wirtschaftsforschers Gabriel Zucman, der sich detailliert mit Steuervermeidung auseinandergesetzt hat, „schwer abzuschätzen, aber der Schaden ist sicherlich ein Mehrfaches dessen, was die private Steuerflucht verursacht“ – und schon die kostet die Staaten 130 Milliarden Euro jährlich.

Die Legitimierung solcher Praktiken setzt aber eine ideologische Operation voraus, die die Realität quasi auf den Kopf stellt: Man macht uns glauben, der Reichtum werde von privatwirtschaftlichen Unternehmen produziert und dann ungegerechtfertigterweise vom Staat via Steuern angeeignet – in Wirklichkeit ist es aber natürlich so, dass der Reichtum gesellschaftlich produziert wird und dann privat, etwa von Unternehmensbesitzern, Managern oder Aktionären angeeignet wird.

Übrigens ist die Befürwortung von Niedrigsteuerpolitik für Unternehmen nicht der einzige egoistische Grund, warum die Profiteure des Neoliberalismus den Staat schlechtreden. Zweiter Grund: Es sollen Privatisierungen durchgesetzt werden, bei denen öffentliche Werte zum Schleuderpreis in private Taschen wandern, und die in der Regel hochkorrupte

Vorgänge sind, regelrechte Raubzüge, bei denen sich dann neoliberale Politiker und das „Big Business“ die Beute teilen. All das wird im Hintergrund abgewickelt, während man uns auf der Vorderbühne das schöne Lied singt, dass der Staat nicht wirtschaften könne und es viel effizienter zugehe, wenn Unternehmen in privater Hand sind. „Effizient“ ist das meist nur für die Grassers und Co.

Das Verhältnis von Staat und großen Unternehmen sollte symbiotisch sein, wird aber zunehmend parasitär. Apple, aber auch große Pharmakonzerne und andere Technikriesen verwandeln Forschung und technologische Innovationen, die mit Steuergeld vorangetrieben wurden, in private Gewinne, erzählen denselben Steuererzählern aber dann, „Innovation und Wirtschaftswachstum seien dem Genie Einzelner zu verdanken“ (Mazzucato) und organisieren ihre globale Produktion so, dass ihre Gewinne nur noch in Steuerparadiesen anfallen. Gerade das Verschweigen der wirklichen Innovationsgeschichte, so Mazzucato, half dabei, „dem Staat, der mit seinem Geld ganz wesentlich zum Erfolg beitrug, einen Teil seiner Gewinne vorzuenthalten“.

### Staatliche Infrastruktur

Der Staat wird chronisch schlechteredet, hat aber eine wesentliche Bedeutung für den Erfolg von Unternehmen. Auf ganz direkte Weise, indem er die Grundlagenforschung für Innovation betreibt, in denen er praktisch alle Bestandteile der Produkte entwickelt, die die Unternehmen dann nur noch kombinieren müssen. Aber er hat natürlich noch auf andere, indirektere Weise eine Bedeutung. Nicht nur sorgt er für die Infrastruktur, die die Unternehmen brauchen (ein Unternehmer könnte mit seinen Produkten nicht viel anfangen ohne Straßen,

### Mariana Mazzucato

Mariana Mazzucato ist in Italien geboren und in den USA aufgewachsen. Sie unterrichtet Innovationswirtschaft an der University of Sussex. Ihr Buch „Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum“ rückt die Bedeutung des Staates für die Wirtschaft in ein neues Licht.





*Es sind gerade jene Unternehmen, die von der staatlichen Forschung und von der staatlichen Ausbildung der Fachkräfte profitieren, die ihre Unternehmenssitze in Steueroasen verlegen. Eine völlig legale Form des Steuerbetruges.*

auf denen er sie zu seinen Kunden bringt), oder für gute Schulen, die aus Sicht von Unternehmen eine „Investition in Humankapital“ sind, die sie nicht selbst bezahlen müssen.

### Konsumklima und Sozialpolitik

Er sorgt mit den vielen anderen Aufgaben, die er erledigt, auch für ein gutes Konsumklima. Eine Sozialpolitik, die beispielsweise dafür sorgt, dass BezieherInnen unterer und mittlerer Einkommen durch Umverteilung einen etwas größeren Teil vom Kuchen bekommen, stabilisiert die Konsumnachfrage, weil diese gesellschaftlichen Gruppen einen größeren Teil ihres Einkommens konsumieren als die Spitzenverdiener – aus demselben Grund haben übrigens auch starke Gewerkschaften eine ökonomisch nützliche Funktion. Ähnliches gilt für möglichst großzügige Arbeitslosenunterstützung oder staatliche Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit (etwa Finanzierung von Kurzarbeit

im Krisenfall) – all das verhindert, dass jede Delle in der Konjunktur sofort auf die Kaufkraft durchschlägt, was ja die Krise nur verstärken würde.

Aus all diesen Gründen wäre es Unsinn, den Staat zu „verschlanken“ –,

**Niedrigsteuern für Unternehmen sind eine Form von Steuerbetrug.**

und es ist in entwickelten Ökonomien in der Realität auch gar nicht möglich. So lag die Staatsquote – also die Summe aller Zahlungen in einer Gesellschaft, die quasi „durch die Hand des Staates“ gehen – in den USA zuletzt bei rund 38 Prozent, in Deutschland bei 44 Prozent, in Österreich bei etwa 50 Prozent, in der Schweiz bei rund 34 Prozent und in Großbritannien bei 45 Prozent. Selbst diese Unterschiede sind eher Ausdruck statistischer Täuschung: Da in den USA und der Schweiz etwa das Gesundheitswesen

privatwirtschaftlich organisiert ist, wird es nicht zur Staatsquote dazugerechnet. Zählt man dessen Kosten hinzu, kommt man auf einen ähnlichen Wert wie in Deutschland oder Österreich, also von rund 45 bis 50 Prozent. Staaten mit niedrigerer Staatsquote sind dagegen eher nicht unter den erfolgreichen Nationen zu finden – extrem „verschlankte“ Staaten sind etwa der Sudan mit 12 Prozent oder Uganda mit 18 Prozent. Wer findet, dass der Staat sich aus der Wirtschaft raushalten soll, der kann ja einmal die Probe aufs Exempel machen und für ein paar Monate in einen solchen Staat übersiedeln.

Der Staat verhindert, dass der Einzelne dem rauen Wind des Marktes völlig ungeschützt ausgesetzt ist. Der Staat kann, wenn er zum Autoritären oder auch nur zur Bürokratisierung tendiert, gewiss eine Gefahr für die Freiheit sein, als demokratischer Rechtsstaat ist er aber auch die einzige bisher gefundene Garantie der Freiheit. ■

## Kommentar



© Nuriith Wagner-Strauss

## Konstruktive Lösungen

*Wir brauchen effiziente Krisenpolitik gegen die grassierende Verunsicherung.*

von Wolfgang Katzian

**F**ast 400.000 Menschen waren im Mai 2015 ohne Arbeit. Das ist ein trauriger Rekord, der viele Menschen zu Recht stark verunsichert. Medienberichte über Standortschließungen, Einsparungen und Arbeitsplatzabbau tun ein Übriges, um Existenzängste zu säen. Die Wirtschaft, allen voran Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer, hat in den vergangenen Wochen und Monaten gezielt daran gearbeitet, die negative Stimmung noch weiter zu verschärfen, indem kein gutes Haar am Standort Österreich gelassen wird. Selbst das österreichische Sozialsystem, das in der Krise ein wichtiger Garant für Stabilität ist, wird bewusst schlecht gemacht. Vor allem über das österreichische Pensionssystem werden Schauermärchen verbreitet: Dass es angeblich kurz vor dem Kollaps stünde, nicht mehr finanzierbar sei und den Staatshaushalt gefährde. Dabei belegen sämtliche Daten, dass die Kosten für das Pensionssystem bis ins Jahr 2060 in Relation zum BIP nur moderat ansteigen werden.

In den Köpfen vieler Menschen entsteht so ein Szenario, in dem der Arbeitsplatz genauso gefährdet ist wie die Pension und der

Lebensstandard der Kinder. Sogar Menschen, die selbst nicht vom sozialen Abstieg bedroht sind, bekommen das Gefühl vermittelt, dass die Ressourcen knapp werden und fühlen sich von angeblichen Flüchtlingsströmen, die nur noch in Zeltstädten notdürftig untergebracht werden, bedroht. Unter diesen Voraussetzungen

**Viele geben bei den Wahlen ihre Stimme jenen, die Sündenböcke anbieten.**

gen sind Landtagswahlergebnisse wie im Burgenland und in der Steiermark keine große Überraschung. Sie zeigen vielmehr das Resultat der allgemeinen Verunsicherung. Viele geben ihre Stimme jenen, die vermeintlich einfache Lösungen und Sündenböcke anbieten.

Was dabei völlig ins Hintertreffen gerät sind konstruktive Lösungen. Arbeitslosigkeit und schwächelnde Konjunktur sind beide in der gesamten EU hausgemacht durch eine verfehlte Krisenpolitik, die nach wie vor allein auf Sparen setzt und damit auch sinnvolle Investitionen verhindert. Dass Österreich in vielen Bereichen – nicht zuletzt bei der Arbeitslosigkeit – besser dasteht als

die meisten anderen EU-Staaten, hat nicht zuletzt mit den Bemühungen der Gewerkschaften zu tun. Mit zahllosen Kurzarbeitsvereinbarungen ist es uns gelungen, Entlassungen am Höhepunkt der Finanzkrise zu verhindern und Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete durchzusetzen. Auch die Lohnsteuersenkung, die wir erkämpft haben, bedeutet einen wichtigen Konjunkturimpuls, der auch Arbeitsplätze bringen wird. Anstatt alle Erfolge und den gesamten Standort Österreich schlechtzureden, sollten wir dringend an der Umsetzung weiterer konstruktiver Maßnahmen arbeiten.

Maßnahmen, die wir nicht einmal neu erfinden müssen, denn sie liegen seit vielen Jahren fertig auf dem Tisch. Dazu gehört eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Umsetzung einer Bonus-Malus-Regelung für ältere ArbeitnehmerInnen genauso wie ein aktiver Staat, der sich traut zu investieren und die Wirtschaftspolitik zu lenken. Eine Aushöhlung der Kollektivvertragsstruktur und die Einführung von Hartz IV, also eine Arbeitsmarktreform auf Kosten der Ärmsten, wie es kürzlich die Industriellenvereinigung gefordert hat, wird es mit uns allerdings sicher nicht geben. ■



© GPA-djp Oberösterreich

## Sonntagsöffnung in Oberösterreich abgewendet

*Der Einsatz der GPA-djp hat sich gelohnt.*

Innerhalb von nur zwei Wochen konnte die GPA-djp in Oberösterreich über 40.000 Unterschriften gegen die geplante Sonntagsöffnung in Tourismusgemeinden sammeln. „Dies ist ein sensationeller Erfolg und zeigt deutlich, dass die Handelsangestellten mit viel Rückhalt aus der Bevölkerung rechnen können. Es ist ein klares Signal an Landeshauptmann Pühringer, die geplante Verordnung sofort zurückzuziehen“, freut sich Regionalgeschäftsführer Andreas Stangl.

Laut eines Entwurfs des Landeshauptmanns sollte ab Juni 2015

eine Verordnung in Kraft treten, wonach in ausgewählten Tourismusorten im Salzkammergut und der Pyhrn-Priel-Region eine Geschäftsöffnung von 8.00 bis 18.00 Uhr an bis zu 42 Sonntagen und 11 Feiertagen pro Jahr möglich gewesen wäre. Die GPA-djp OÖ war in den betroffenen Regionen unterwegs (siehe Bild oben), um Unterschriften gegen die geplante Sonntagsöffnung zu sammeln. Das Land OÖ reagierte prompt und zog aufgrund des Drucks, den die Gewerkschaft mithilfe der Beschäftigten und der Bevölkerung erzeugen konnte, den Antrag zurück.

## Umfrage: Arbeitszeit in der Sozialbranche

Da sich die Arbeitswelt, aber auch die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen laufend ändern, wollen wir als Gewerkschaft wissen, wie zufrieden die Beschäftigten der „Sozialbranche“ mit ihrer Arbeitszeit und mit der Dienstplangestaltung sind. Unsere gemeinsamen Forderungen und Ziele sollen den Bedürfnissen der Beschäftigten entsprechen.

Die Umfrage ist vollkommen anonym und dient dazu, Ihre Interessen besser zu vertreten. Nehmen Sie sich 5 bis 10 Minuten Zeit und beantworten Sie unsere Fragen. Die Ergebnisse werden wir im September auf unserer Homepage veröffentlichen.

Zur Umfrage: [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

## Ihre Rechte als Praktikantinnen

In den Sommermonaten aktueller denn je: Sogenannte „Praktika“, die viel zu oft unter- oder gar unbezahlt sowie ohne soziale Absicherung (d. h. ohne Meldung bei der Sozialversicherung) absolviert werden müssen. Um die Rechte von jungen Menschen in der Arbeitswelt durchzusetzen, hat die GPA-djp vor einem Jahr die Onlineplattform [www.watchlist-praktikum.at](http://www.watchlist-praktikum.at) ins Leben gerufen: PraktikantInnen können (auch rückwirkend) anonym melden, wie ihr Praktikum abläuft oder abgelaufen ist. Die Angaben werden zur Prüfung auch an die jeweiligen Gebietskrankenkassen weitergeleitet, die bei Vorliegen von Arbeitsverträgen die sozialversicherungsrechtliche Richtigstellung verlangen können.

Über 80.000 Klicks und weit mehr als 300 Meldungen aus allen erdenklichen Branchen in den ersten Monaten bestätigen den dringenden Handlungsbedarf. „Teilweise werden schockierende Zustände geschildert: Hilfsarbeiten statt versprochene Lehrstellen, wochenlange Putzdienste, menschenunwürdige Unterbringungen in der Gastronomie, durchgehendes Arbeiten ohne Ruhetage bis zu 22 Tage und 16 Stunden täglich“, berichtet Veronika Kronberger von der GPA-djp ([work@flex](mailto:work@flex)).

Mehr dazu finden Sie auf [www.gpa-djp.at/interesse](http://www.gpa-djp.at/interesse)



Über tausend BetriebsrätInnen im Austria Center Vienna.

© devvi

## „Kürzer arbeiten – leichter leben!“

Eine von der GPA-djp in Auftrag gegebene IFES-Befragung bestätigt: Österreichs Angestellte haben den Wunsch, ihre Arbeitszeit zu reduzieren.

von Martin Panholzer

Über 1.000 BetriebsrätInnen und Betriebsräte der GPA-djp fanden sich am 15. Juni 2015 im Austria Center Vienna ein, um sich über die aktuelle Arbeitszeitpolitik zu informieren und weitere Strategien zu beraten. Der Tenor war klar: Nach jahrzehnte langem Stillstand in der Arbeitszeitpolitik ist es an der Zeit, dass wieder Dynamik in die Diskussion kommt. Denn: Die derzeit geltende gesetzliche Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche wurde im Jahr 1975, also vor 40 Jahren, eingeführt. In vielen Kollektivverträgen liegt die Wochenarbeitszeit darunter, etwa bei 38,5 Stunden.

Aber auch hier wurden die letzten Verkürzungen vor 25 Jahren durchgeführt. Die verkürzte Wochenarbeitszeit ist bei vielen ArbeitnehmerInnen jedoch nie angekommen, die tatsächliche durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigung liegt in Österreich bei rund 42 Stunden.

Eine von der GPA-djp in Auftrag gegebene IFES-Studie bestätigt, dass die Mehrheit der österreichischen Angestellten eine Verkürzung der Arbeitszeit befürworten. Die Studie zeigt, dass in Österreich in hohem Ausmaß länger

gearbeitet wird als vereinbart, und auch sehr flexibel gearbeitet wird. Gleichzeitig nimmt bei längeren Arbeitszeiten die Arbeitszufriedenheit ab und die Belastung zu. 66 Prozent der Befragten sind für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden bei gleichbleibendem Gehalt. Immerhin 23 Prozent würden auch eine kürzere Arbeitszeit bei reduziertem Gehalt befürworten. Auch einer sechsten Urlaubswoche für mehr Beschäftigte stimmen 67 Prozent der Befragten zu. Immerhin 52 Prozent können sich eine Vier-Tage-Woche gut vorstellen. 62 Prozent sind dafür, dass sich

Gewerkschaften stärker für eine Arbeitszeitreduktion einsetzen.

## Beschäftigungskrise erfordert mutige Schritte

Der Vorsitzende der GPA-djp plädiert angesichts der Beschäftigungskrise jetzt für mutige Maßnahmen, um die vorhandene Arbeit besser zu verteilen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Auch wenn das Beispiel Frankreich immer wieder schlecht geredet wird. Die Effekte auf Arbeitszeitverkürzung sind nicht zu bestreiten und die aktuellen Probleme in vielen europäischen Staaten haben ganz andere Ursachen als die Arbeitszeit.

## Länger gesund arbeiten

Es gibt aber auch noch weitere Gründe, die für eine Arbeitszeitverkürzung sprechen. „Wenn wir wollen, dass die Menschen in Zukunft länger berufstätig und dabei gesund, leistungsfähig, motiviert und kreativ bleiben, dann müssen die Erwerbsbiografien in Zukunft anders aussehen. Dann brauchen wir neue Arbeitszeitmodelle, die den ArbeitnehmerInnen mehr Zeit zum Leben lassen, Zeit für Familienleben, Regeneration, Sport oder Weiterbildung sowie für die Teilhabe am politischen und kulturellen Leben. Männer wie Frauen brauchen mehr Zeit, wenn sie kleine Kinder zu Hause haben oder eine/n Angehörige/n pflegen, ebenso wollen sie vielleicht gegen Ende des Berufslebens langsam weniger arbeiten“, so der Vorsitzende der GPA-djp.

Wenn man davon ausgeht und fordert, dass das faktische Pensionsalter in den nächsten Jahren deutlich ansteigen soll, dann kann man von den Menschen nicht mehr erwarten, dass sie alles, was sie noch vorhaben, auf die Pension

verschieben. Die Möglichkeit, längere zusammenhängende Auszeiten in Anspruch zu nehmen, wird daher ebenfalls immer wichtiger. Also mehr Flexibilität ja, aber im Sinne der ArbeitnehmerInnen.

## Retro Arbeitszeit-Modell überwinden

„Die derzeitige Arbeitszeitrealität sieht so aus, dass Männer Vollzeit arbeiten und Frauen in immer größerem Ausmaß Teilzeit. Das ist kein modernes Gesellschaftsmodell, sondern eines von vorgestern. Die Kluft zwischen immer längeren Arbeitszeiten bei Männern und kurzer Arbeitszeit für Frauen muss daher geschlossen werden“, so die Bundesfrauenvorsitzende der GPA-djp Ilse Fetik.

Auch beim geltenden Urlaubsrecht werden Frauen benachteiligt. Seit dem Jahr 1984 ist im österreichischen Urlaubsrecht eine sechste Urlaubswoche vorgesehen, aber nur für ArbeitnehmerInnen, die

### Die Kluft zwischen den Arbeitszeiten von Männern und Frauen muss geschlossen werden.

25 Jahre im selben Unternehmen arbeiten. Vor allem Frauen erfüllen oft nicht diese notwendige Voraussetzung, nämlich 25 Jahre Beschäftigung in ein und demselben Unternehmen. In Wirklichkeit werden sie dafür bestraft, weil sie den Arbeitgeber öfter wechseln und damit jene Flexibilität unter Beweis stellen, die von den Unternehmen gefordert wird.

## Überstunden abbauen – Arbeitszeit wieder eingrenzen

Es geht aber nicht nur um die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit, sondern auch um die Reduktion der tatsächlich geleisteten



Wolfgang Katzian fordert mutige Maßnahmen.

Arbeitszeit. In vielen Unternehmen herrsche eine „Arbeitszeit-Unkultur“: Viele loggen sich aus, um dann weiterzuarbeiten. Viele arbeiten am Wochenende ohne rechtliche Basis. All-in-Verträge gibt es schon lange nicht mehr nur für Führungskräfte.

Es gibt ohne jede gesetzliche Basis Zeitkonten mit einem Gegenwert von circa 1,5 Milliarden Euro. 60 Millionen Mehrarbeits- und Überstunden werden jährlich nicht bezahlt. Die ArbeitnehmerInnen sind über Smartphones ständig erreichbar.

Weiterbildung und Dienstreisen finden in der Freizeit statt und so weiter und so fort. Hier ist in besonderem Maße auch die betriebliche Ebene für die sinnvolle Eingrenzung von entgrenzten Arbeitszeiten gefordert.

Umfassende Informationen zum Thema Arbeitszeit und die Dokumentation der BR-Konferenz finden sie auf unserer Homepage: [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)



© Italian Navy / dpa / picturedesk.com

*Irrfahrten, Todesangst und danach Furcht vor Rückschiebung – niemand begibt sich freiwillig auf diese gefährliche Reise.*

## Das Mitgefühl ist dürftig

*AsylwerberInnen werden von vielen als Bedrohung angesehen und nicht als Menschen, die ein Recht darauf haben, angehört und als Flüchtlinge anerkannt zu werden.*

von Livia Klingl

**S**ie werden mancherorts in Bausch und Bogen verunglimpft, die Fremden, die sich bei uns entweder niedergelassen oder gerade hierher gerettet haben. Und immer sind es die gleichen propagandistischen Mittel, die verfangen. Die, die uns etwas wegnehmen wollen, die Frauen, den Job, gar die Haare vom Kopf fressen möchten. Und wir, die Anständigen und Fleißigen, die ja auch die Ärmel aufgekrempt und die zerbombte Heimat wieder aufgebaut hätten.

Ja, aufgebaut wurde Österreich sehr wohl, aber nicht während des Krieges, sondern danach. Und damit wäre schon eines der Argumente gegen Kriegsflüchtlinge entkräftet.

Und da kämen doch lauter junge Männer, die Frau und Kinder im Stich ließen, ist die nächste propagandistische Waffe gegen Flüchtlinge. Dabei genügt Hausverstand, um den Unsinn als solchen zu enttarnen. Krieg bedeutet für jeden gesunden Mann zwischen 16 und 40, dass er eingezogen wird. Einge-zogen von der staatlichen Armee, von Warlords, von islamistischen Brigaden. Krieg bedeutet, zu brand-schatzen, zu vergewaltigen, unbekannte Menschen zu töten, die ihrerseits Frau und Kinder haben und eine oft lebenswerte Existenz hatten. Wer nicht schuldig werden will an anderen, wer nicht zum Töten gemacht ist, der muss schauen, dass er fliehen kann.

Gelingt die lebensgefährliche Reise nach Europa, gelingt es, die Asylbehörden vom eigenen Fluchtgrund zu überzeugen, kann man Frau und Kinder nachholen, denn es gibt ein Recht auf Familienzusammenführung. Diese Frauen und Kinder können dann auf sichereren Wegen zu Mann und Vater gelangen als in oft seeuntauglichen Booten, die über das Mittelmeer nach Süditalien, Malta, Griechenland fahren.

### Traumatisierende Erlebnisse

Solche Überfahrten enden oft in Tragödien. Der Damaszener Friseur Mohammed Suleimane erinnert sich an seine schaurigsten Stunden im Oktober 2013, an das damals

schrecklichste Unglück mit 366 toten Flüchtlingen vor Lampedusa. Junge Mädchen, die Gesichter unter Wasser, die Haare rund um die Köpfe treibend. Der tote Säugling, mit dem er fast zusammengestoßen wäre, als er um sein Leben schwamm. Die Schreie derer, die die Kraft zu verlassen drohte.

Immer und immer wieder durchlebt der 25-Jährige die Stunden im Mittelmeer, nachdem das Boot, das ihn und zwölf Familienmitglieder sowie andere Boatpeople aus der syrischen Bürgerkriegshölle in die europäische Sicherheit hätte bringen sollen, auf Grund gegangen war. Mohammed Suleimane überlebte als einziger aus seiner Familie. Er schwimmt weiter. Jede Nacht. Jede Nacht um sein Leben.

## Recht auf Flüchtlingsstatus

Auch wenn die Bilder im Fernsehen manchmal das Grauen zeigen, das diesen Überlebenden ins Gesicht geschrieben steht, ist das Mitgefühl bei uns dürftig. AsylwerberInnen werden von vielen als Bedrohung angesehen und nicht als Menschen, die ein Recht darauf haben, angehört zu werden und als Flüchtlinge anerkannt. Die Anerkennungsrate liegt derzeit bei rund 40 Prozent, denn tatsächlich stammen die meisten aus den Bürgerkriegsländern Afghanistan, Somalia, Syrien und aus der Militärdiktatur Eritrea.

Im Jahr 2014, als es schon mehr als 56 Millionen Flüchtlinge weltweit gab, kamen doch nur etwas mehr als 600.000 in das bis auf das Mittelmeer komplett abgeschottete Europa mit seinen 507 Millionen EinwohnerInnen. Das sind etwas mehr als ein Promille der Bevölkerung. In Österreich mit seinen 8,2 Millionen Einwohnern gab es 2014 lediglich 28.027 Asylanträge, also keine 0,4 Prozent der Bevölkerung. Kein Stadion ließe sich mit ihnen

füllen und doch haben so viele hier den Eindruck, wir hätten Millionen Fremde unterzubringen.

Heuer rechnet das Innenministerium sehr wohl mit viel mehr AsylwerberInnen. Aber auch die 70.000, die es vielleicht zu Jahresende sein werden, müsste das 16-reichste Land der Erde unterbringen können. 1992 waren binnen weniger Monate 90.000 Bosnier gekommen. Zeltlager gab es keine.

## Österreich braucht Zuzug

Österreich könnte die Neuankömmlinge als Chance begreifen statt als Bürde. Statistisch bekommt ein Paar hierorts 1,4 Kinder. Bei weitem nicht genug, um die Bevölkerungszahl zu halten. Ohne Zuzug kommen in 35 Jahren auf drei ArbeitnehmerInnen ein/e PensionistIn. Das wäre eine für unser gewohntes System kaum mehr zu schulternde Zahl. Allein schon aus diesem Grund braucht Österreich Zuzug. In Deutschland bekennt man sich längst dazu, Einwanderungsland zu sein. In Österreich druckst man verschämt herum, auch wenn die Politik natürlich weiß, dass es ohne die Fremden nicht geht. Und obwohl die Bevölkerung wissen könnte, dass diese Menschen, seien sie im EU-Ausland geboren worden oder sonst irgendwo, einen sogenannten Aufenthaltstitel, also einen rechtlichen Status haben.

Viele derer, die als Ausländer verunglimpft oder als „Menschen mit Migrationshintergrund“ eigentlich mehr stigmatisiert werden statt politisch korrekt bezeichnet, sind ja auch längst österreichische StaatsbürgerInnen. Und SteuerzahlerInnen. Auch die Mär, dass diese Fremden den Staat mehr kosten als sie bringen, ist mit den nackten Zahlen widerlegbar. 2.400 Euro zahlen statistisch Ausländer mehr in die Staatskassen ein als sie herausbekommen.

Es ist aber nicht nur das Geld, das diese Menschen bringen, es ist oft auch viel Talent, Lebensfreude, Leistungswille. Und Dankbarkeit. Wie etwa die, die der Afghane von der verfolgten Minderheit der Hazara Bagher Ahmadi gegenüber seinen österreichischen freiwilligen Betreuerinnen ausdrückte – ohne die er gar nicht mehr im Land wäre. Denn die Asylbehörde hatte den Antrag des damals noch Minderjährigen in einem nicht kindgerechten Verfahren mit einem nicht staatlich beeideten Übersetzer abgelehnt. Erst im zweiten Verfahren erhielt der nun 19-Jährige subsidiären Schutz, das heißt, ein immer wieder neu zu erkämpfendes Recht auf Aufenthalt.

Als Bagher Ahmadi, der mit 13 allein floh und drei Jahre unterwegs war, aus seiner Unter-18-Wohngemeinschaft in Oberösterreich ausziehen und nach Linz übersiedeln musste, rannen einer seiner Betreuerinnen die Tränen. Aus seiner neuen Bleibe schrieb der junge Mann folgende whatsapp: „Waltraud, Andrea, Christa, ihr wart wirklich wie meine Mama früher. Manchmal habe ich geweint, dass ich niemanden habe, der mich liebt. Aber jetzt sehe ich, dass du sogar weinst. Und ich habe dieses Gefühl nicht mehr. Ihr habt mir sehr geholfen.“ ■

## Buchtipps



Livia Kling: Wir können doch nicht alle nehmen. Europa zwischen „Das Boot ist voll“ und „Wir sterben aus“. Die Journalistin Livia Kling

war über 20 Jahre lang Kriegs- und Krisenberichterstattung und Leiterin des Außenpolitik-Ressorts im Kurier.



Demo: Rund 3.500 DemonstrantInnen zogen Ende April vor das Linzer Landhaus, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

# Streikdrohung zeigte Wirkung

*Ein angekündigter Warnstreik im Sozialbereich konnte drohende Kürzungen seitens des Landes OÖ gerade noch verhindern.*

von Martin Panholzer

**W**eder eine Kundgebung am 18. März mit über 2.200 TeilnehmerInnen noch rund 3.500 DemonstrantInnen am 23. April hatten die Verantwortlichen beim Land OÖ zu einer vernünftigen Lösung bewegen können. Daher erteilten die Gewerkschaftspräsidenten der GPA-djp und der vida Ende Mai die Streikfreigabe für die betroffenen Betriebe in der Behindertenbetreuung, der psychiatrischen Vor- und Nachsorge und der Wohnungslosenhilfe, in denen rund 7.000 Beschäftigte arbeiten.

Dies sorgte offenbar für den nötigen Druck, denn es kam zu Gesprächen zwischen Landeshauptmann Pühringer, der zuständigen Landesrätin Jahn, VertreterInnen der Gewerkschaften und der Trägerorganisationen, in denen man sich auf ein Zukunftssicherungspaket

einigte. Es wurde ein Weg gefunden, der einen zusätzlichen Leistungsausbau ermöglicht, den bestehenden Beschäftigungsstand absichert und durch Struktur-reformen das System der Behindertenhilfe in Oberösterreich so weiterentwickelt.

## Arbeitsplätze gesichert

„Für die Gewerkschaften ist dieses Verhandlungsergebnis akzeptabel, weil durch die Leistungspreisumschichtung die Sicherung der Beschäftigten erfolgt. Somit sind Beendigungen von Arbeitsverhältnissen und Personalabbau der ursprünglich geplanten Maßnahmen abgewendet. Der Erhalt der Arbeitsplätze wird gesichert, und es werden zusätzliche Betreuungsangebote geschaffen“, so Andreas Stangl, Regionalgeschäftsführer der GPA-djp OÖ.

Die Gewerkschaften hatten im Vorfeld einen Kompromiss zwischen Landeshauptmann und Soziallandesrätin mit dem IVS (Arbeitgeberverband aus dem Sozialbereich), wonach die Kürzungen von 25 Millionen Euro auf 17 Millionen reduziert werden sollen, geprüft und für inakzeptabel befunden. Sie hätten dennoch einen Personalabbau ausgelöst. Bei einem Personalkostenanteil von mehr als 80 Prozent schlagen Einsparungen immer unmittelbar auf die MitarbeiterInnen durch.

„Seit Jahren fordern BetriebsrätInnen und Gewerkschaften ein Ende des Sparwahns im Sozialbereich. Die ständige Angst um ihren Arbeitsplatz wirkt sich äußerst demoralisierend auf die Beschäftigten in den betroffenen Vereinen aus. Wir sind zufrieden, dass wir den Personalabbau abwenden konnten“, so Stangl abschließend. ■



## Plus 2 Prozent für JournalistInnen

*Honorare für freie MitarbeiterInnen werden in zwei Schritten erhöht.*

Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp und der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) haben sich auf einen neuen Kollektivvertrag für die bei österreichischen Tages- und Wochenzeitungen angestellten RedakteurInnen, RedakteursaspirantInnen und DienstnehmerInnen des technisch-redaktionellen Dienstes geeinigt: Die Gehälter steigen um zwei Prozent; die Honorare freier MitarbeiterInnen steigen auf 35,55 Euro für 1.000 Anschläge ab Juni 2015 und werden mit Jänner 2016 auf 35,90 Euro erhöht.

„Mit dieser Erhöhung haben wir unseren Schwerpunkt, das

Augenmerk auf die freien MitarbeiterInnen zu legen, realisiert, dieses Ziel verfolgen wir weiterhin“, kommentiert der Vorsitzende der Journalistengewerkschaft, Franz C. Bauer. „Wir haben einen Reallohnzuwachs erreicht und bei den Verhandlungen klargemacht, dass es Bereiche gibt, wo wir Änderungsbedarf sehen. Es war wichtig, dass die Angestellten und freien MitarbeiterInnen an einem Strang zogen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung der freien MitarbeiterInnen bleibt auf unserer Agenda!“

Mehr dazu auf: [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

## Stricken für soziale Wärme

Gemeinsam können wir es ins Guinness Buch der Rekorde schaffen! Wir brauchen Ihre Unterstützung: Wir – BetriebsrätInnen und KollegInnen – wollen den längsten Schal Österreichs stricken, 3.500 m lang, als Zeichen dafür, dass uns im Sozialbereich soziale Wärme fehlt. Wenn Sie Zeit und Lust haben und uns bei unserem Vorhaben helfen wollen, dann stricken Sie bitte einen Schal – kürzer oder auch länger – mit 24 cm Breite und schicken ihn an Ihre GPA-djp-Regionalgeschäftsstelle oder bringen ihn persönlich vorbei.

Mehr zur Aktion auf <http://bit.ly/1GnJSNK>

### KV Hotellerie und Gastronomie



Im Kollektivvertrag 2015 für die Angestellten der österreichischen Hotellerie und Gastronomie wurden die Beschäftigungsgruppen österreichweit vereinheitlicht. Die bisher zehn verschiedenen Gehaltsschemata wurden auf sechs verringert, für 2016 scheint eine weitere Einschränkung auf drei bis vier Gehaltstabellen möglich.

Für nicht branchenspezifisch Ausgebildete wurde ein Mindestgrundgehalt von 1.400 Euro, für einschlägig Ausgebildete ein Mindestgrundgehalt von 1.500 Euro ab dem 3. Jahr nach Abschluss ihrer Ausbildung gesichert. Die Möglichkeit zur Arbeitszeitdurchrechnung für Vollzeitbeschäftigte in Ganzjahresbetrieben wurde auf 26 Wochen (bisher: 13 Wochen) verlängert.

Geregelt wurde auch die Bezahlung von PflichtpraktikantInnen: Der Mindestbezug beträgt 695 Euro (Pflichtpraktikum im Rahmen einer fachspezifischen Ausbildung) bzw. 910 Euro (Pflichtpraktikum BHS oder vergleichbar). Die PflichtpraktikantInnen unterliegen dem Kollektivvertrag.



© Industrieblick, Fotolia.com

*In die großen Rollen der Druckmaschinen hat sich Sand eingeschlichen: Die Branche leidet europaweit unter kleiner werdenden Aufträgen und steigendem Kostendruck.*

# Sand im Getriebe der Druckereien

*Billigkonkurrenz aus dem EU-Ausland setzt die Lohnstruktur der Branche unter Druck. Die Gewerkschaft lehnt einseitige Lohnkürzungen ab.*

von Andrea Rogy

In die großen Rollen der Druckmaschinen hat sich Sand eingeschlichen. Trotz gültigem Kollektivvertrag für das grafische Gewerbe hört man es knirschen. „Die Arbeitgeber sind mit dem Wunsch an uns herangetreten, den Kollektivvertrag (KV) vorzeitig zu verändern“, erklärt Christian Schuster, der in der GPA-djp zuständige Wirtschaftsbereichssekretär. Gewünscht werden gewaltige Einsparungen um bis zu 15 Prozent – völlig einseitig und zulasten der Beschäftigten. Dabei gibt es einen

gültigen Kollektivvertrag für das Gewerbe, der bis Ende 2016 nicht einseitig veränderbar ist. Dieser wurde nach dem letzten Arbeitskampf im grafischen Gewerbe 2011/12 zwischen Gewerkschaft und dem freiwilligen Arbeitgeber-Interessenverband Druck & Medientechnik ganz bewusst für den längeren Zeitraum von vier Jahren abgeschlossen.

Doch die Branche hat europaweit Probleme, leidet unter kleiner werdenden Aufträgen und steigendem

Kostendruck. Im Speziellen beklagen die Arbeitgeber die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Reformländern und Deutschland. Dort gibt es keinen länderweiten sogenannten Flächentarifvertrag – wie in Österreich – mehr. In Deutschland gelten die Flächenkollektivverträge beispielsweise lediglich für die großen Unternehmen, also für rund 30 Prozent aller ArbeiterInnen der Branche. Für alle anderen DruckerInnen gelten KVs auf Betriebsebene, die mit dem jeweiligen Arbeitgeber abgeschlossen

sind und in der Regel nicht die Qualität des deutschen Flächen-KVs erreichen.

„Ja, wir haben aus Sicht der Beschäftigten einen der besten Kollektivverträge im grafischen Gewerbe in ganz Europa“, gesteht Michael Ritzinger, Betriebsratsvorsitzender der ArbeiterInnen in der Druckerei Mediaprint in Wien-Inzersdorf und Vorsitzender des Wirtschaftsbereiches Druck, Kommunikation, Papierverarbeitung in der GPA-djp, ein. Die Nachteile von Betriebs-KVs liegen für ihn klar auf der Hand: „Je weniger ArbeitnehmerInnen ich vertrete, desto weniger Gewicht kann ich in Verhandlungen einbringen. Betriebskollektivverträge erreichen daher selten das Niveau eines Flächen-KVs, wie man am Beispiel Deutschland sehr deutlich sieht.“ Es werde immer einen teuersten KV aus Sicht der Arbeitgeber geben, das Ziel müsste aber sein, die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern an die Qualität des österreichischen KVs heranzuführen. Gewisse Spielräume für Veränderungen sind natürlich gegeben, doch „einseitige Verschlechterungen der Arbeits- und Entgeltbedingungen für die Beschäftigten“ lehnt er ab.

### Arbeiten unter ständigem Druck

Die Druckerbranche ist eine der ältesten Branchen in Österreich, Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretungen gibt es schon seit 1842. Über viele Jahrzehnte hinweg haben sich die Kollektivverträge weiterentwickelt und an die harten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten angepasst. Viele Zulagen sind historisch gewachsen, basieren aber auch heute noch auf dem ständigen Druck, dem die Beschäftigten während ihrer Arbeit ausgesetzt sind: Die Bedienung der Druckmaschinen, die einen Wert

von mehreren Millionen Euro haben, wird immer komplexer, und die Verantwortung der Beschäftigten für die Maschine und für die Druckprodukte steigt ständig. Der Andruck bei den Tageszeitungen geschieht immer später, weil seitens der Zeitungsredaktionen auf aktuelle Ereignisse Rücksicht und auf letzte Ergebnisse gewartet wird. Sind alle Informationen da, muss sehr rasch gearbeitet werden, damit die Zeitungen zeitgerecht im Verkauf sind. „Dieser Druck macht die Arbeit sehr stressig und schwierig, Fehler dürfen eigentlich gar keine passieren“, so Ritzinger. Dabei sei man in den

**„Unser Anspruch ist es, innovative und nachhaltige Lösungen für die Beschäftigten zu finden.“**

Druckereien derzeit ohnehin schon am personellen Limit angelangt. „Immer wieder wird Personal eingespart, ohne dass sich die Aufgabebereiche der MitarbeiterInnen reduzieren – viele laufen die längste Zeit an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit.“ Auch der Alltag eines Schichtbetriebes zehrt an den Kräften.

### Wettbewerbsfähigkeit als Feigenblatt

Nun will die Arbeitgeberseite frühzeitig gewaltige Einsparungen zulasten der Beschäftigten heraufbeschwören. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dient als Feigenblatt für gewünschte Einschnitte ins Rahmenrecht und in die Entlohnung. Es geht wieder einmal um die Nachtzuschläge der DruckerInnen und um die Zuschläge für Sonntagsarbeit. Auch jene zwei freien Tage, auf die DruckerInnen bei Tageszeitungen als Ausgleich für die an Sonn- und Feiertagen zu leistende Produktionsarbeit Anspruch haben, sind den Arbeitgebern ein Dorn im Auge. Die wöchentliche

Arbeitszeit soll in allen Arbeitsbereichen von 37 auf 38,5 Stunden angehoben werden.

Ritzinger sucht lieber nach neuen Zukunftsperspektiven für Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen auf „gleicher Augenhöhe“. „Wir haben nichts gegen Veränderungen so lange sie beide Seiten bedienen. Ein Wegfall von Zuschlägen könnte zum Beispiel mit der teilweisen Einrechnung in den Grundlohn kompensiert werden. Die Gewerkschaft hat noch andere Ideen zur Modernisierung des Kollektivvertrages im grafischen Gewerbe: Altersgerechtes Arbeiten in Verbindung mit einer Reduktion der Arbeitszeit brächte eine Entlastung für ältere MitarbeiterInnen. Zukunftsorientiert wären auch die Vier-Tage-Woche oder die Freizeioption, die in anderen Branchen zu höherer Produktivität und großer Zufriedenheit bei den Beschäftigten geführt hat. Auch die Einführung einer Branchenstiftung wäre durchaus sinnvoll.“

Gewerkschaftsintern werden zurzeit in den bereits installierten Arbeitsgruppen „Sonderbestimmung Tageszeitung“ und „Rollenoffset“ mit den BetriebsrätInnen Modelle für einen veränderten, zukunftsorientierten Kollektivvertrag ab 2017 entwickelt.

„Wir sind in sozialpartnerschaftlicher Manier immer zu Gesprächen bereit“, stellt Schuster von Gewerkschaftsseite her klar. „Unser Anspruch ist es, innovative, nachhaltige und durchdachte Lösungen für die rund 9.200 Beschäftigten und die Branche zu finden. Pauschale Einsparungen durch eine Erhöhung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, durch das Streichen diverser Zulagen und Zuschläge oder durch eine schlichte Absenkung der Löhne und Gehälter, so wie sich das die Arbeitgeberseite wünscht, wäre ein Diktat und keine Lösung“, so Schuster. ■



© dawi

Lautstarkes Signal: Anfang Juni demonstrierten 1.500 TrainerInnen gegen die Kürzung der AMS-Mittel am Ballhausplatz in Wien.

# Zwischen Burn-out und Kündigung

*Hunderte TrainerInnen in der Erwachsenenbildung haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren, viele andere sind von Stundenkürzungen betroffen.*

von Alexia Weiss

Die Stimmung ist sehr angespannt“, sagt Bettina Härtl. Sie ist Betriebsratsvorsitzende von ibis acam, einem Kursanbieter, der, wie alle Unternehmen in dieser Branche, vor allem im Auftrag des Arbeitsmarktservice sogenannte Qualifizierungsmaßnahmen durchführt – also Schulungen für Arbeitsplatzsuchende. Doch das AMS hat seine Strategie angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und zunehmender Budgetknappheit im Vorjahr massiv geändert: Im Vordergrund steht nun die rasche Rückkehr eben erst arbeitslos Gewordener in den Arbeitsmarkt. Dazu sollen auch Fördergelder beitragen, die das

AMS an Betriebe zahlt, die ArbeitnehmerInnen einstellen, die älter als 50 Jahre sind. Im Gegenzug steht weniger Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik – also Schulungen – zur Verfügung.

Das hat einerseits gesellschaftspolitische Auswirkungen, wie Elke Reichel, Wirtschaftsbereichssekretärin in der GPA-djp, betont, denn Langzeitarbeitslose kämen so endgültig ins Abseits und Förderungen an Arbeitgeber würden nicht unbedingt nachhaltige Arbeitsplätze garantieren. Es bringt aber aktuell vor allem Unruhe in eine Branche, in der die Beschäftigten durch ihre Arbeit mit Menschen, die Angst um

ihre Existenz haben, ohnehin psychisch belastet seien. Nun kommt noch die Angst um den eigenen Arbeitsplatz hinzu: Depressionen und Burn-out sind die Folge.

## Bereits 500 arbeitslos

Rund 6.000 Menschen arbeiten österreichweit als TrainerInnen – das Gros von ihnen ist in Maßnahmen des AMS eingesetzt. 500 von ihnen haben dieses Jahr bereits durch die Senkung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik ihren Arbeitsplatz verloren. Und der Budgetpfad des AMS verheißt nichts Gutes: Heuer wurden 1,14 Mrd. Euro

in diesem Bereich veranschlagt, 2017 sollen es nur noch 879 Mio. sein – und das, obwohl das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) davon ausgeht, dass die Arbeitslosigkeit bis 2018 noch weiter ansteigen wird. Derzeit suchen fast eine halbe Million Menschen in Österreich Arbeit.

Zu ihnen gesellen sich nun nach und nach auch AusbilderInnen, die in der Erwachsenenbildung tätig sind. Ihre Zukunft sieht alles andere als rosig aus, denn wer in einem Unternehmen gekündigt wurde hat kaum Chance, in einem anderen wieder unterzukommen. Alle Kursanbieter bauen Arbeitsplätze ab. Heuer gebe es um etwa 30 Prozent weniger KursteilnehmerInnen, so Christian Puszar, Betriebsratsvorsitzender vom Berufsförderungsinstitut (bfi) Wien, weil das AMS inzwischen eben weniger auf Weiterqualifizierung und stärker auf eine rasche Rückkehr auf den Arbeitsmarkt setzt. „Und keiner weiß, wie es weiter geht“, sagt auch Puszar. Klar sei nur: „In Zeiten von weniger Geld rückt Nachhaltigkeit offenbar in den Hintergrund.“

### Anmeldung zur Kündigung

Zu den 500 bereits gekündigten TrainerInnen kommen jene, über denen jeden Monat das Damoklesschwert der Kündigung hängt: Das AMS gibt inzwischen so kurzfristig bekannt, welche Maßnahmen an die Kursanbieter vergeben werden, dass letztere nicht mehr planen können. Daher melden sie einen Teil ihrer Mitarbeiter jedes Monat neu zur Kündigung an. „Wir haben MitarbeiterInnen, die haben bereits zum dritten oder vierten Mal ihre Kündigung bekommen – und dann wurde sie wieder zurückgenommen“, berichtet Härtl. Doch eines Tages kann es dann wirklich ernst werden – und genau diese Unsicherheit führt zu enormem psychischem Druck, erklärt Reichel. Andere sehen sich mit Änderungskündigungen konfrontiert. In einer Branche, in

welcher der Teilzeitanteil mit an die 60 Prozent schon bisher hoch war, steigt dieser weiter an. Denn die Arbeitgeber reagieren auf die Streichungen bei den AMS-Kursen einerseits mit Kündigungen, andererseits mit Stundenreduzierungen. Das führt zu einer besonders dramatischen Situation insofern, als „die Leute, die es sich leisten können zustimmen. Aber die, welche auf einen Vollzeitjob angewiesen sind, können hier nicht zustimmen – und werden gekündigt“, sagt Lahouri El Fontroussi, der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von ibis acam.

### Generation 50+ stark betroffen

Was in anderen Branchen in solchen Fällen abfedernd wirkt, sind Arbeitsstiftungen. Doch solche sind für die TrainerInnen nicht in Sicht: Denn hier wäre es ja wiederum das AMS, das dazu Geld in die Hand nehmen müsste, wie Reichel erklärt. Besonders absurd mutet auch an, dass nun einerseits Arbeitgeber finanziell unterstützt werden, welche ArbeitnehmerInnen der Generation 50 plus einstellen, andererseits vor allem auch TrainerInnen, die älter als 50 Jahre sind, nun gekündigt würden. Das hat im Erwachsenenbildungsbereich weniger damit zu tun, dass sie mehr verdienen (der Kollektivvertrag für private Bildungseinrichtungen BABE, der dazu führte, dass heute wesentlich mehr Beschäftigte angestellt

sind als früher, sieht nur Vordienstzeiten von bis zu fünf Jahren vor), als „dass sie sich eben nicht alles gefallen lassen“, so Reichel. Zudem gelten ältere ArbeitnehmerInnen als stärker Burn-out-gefährdet.

Ihren Protest gegen diese Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik haben Betriebsräte der Branche gemeinsam mit der GPA-djp in eine parlamentarische Bürgerinitiative gegossen, die von 11.000 Menschen unterzeichnet und im Mai an Nationalratspräsidentin Doris Bures übergeben wurde. Statt Kürzungen im Bereich aktive Arbeitsmarktpolitik brauche es Sicherheit für die Träger der AMS-Kurse, sowohl was das Budget als auch die beauftragten Stunden betrifft, so Reichel. Neu- und Folgekurse sollen mindestens drei Monate im Vorhinein ausgeschrieben werden. Für die TrainerInnen wiederum muss es auch weiterhin die Möglichkeit geben, Vollzeit zu arbeiten. Wichtig ist auch das Thema Pausen sowie abgegoltene Vor- und Nachbereitungszeit, um die psychische Belastung für die Beschäftigten zu verringern. Aktuell hält einzig das Land Steiermark die bundesweite AMS-Richtlinie ein, wonach 20 Prozent der bezahlten Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung zur Verfügung stehen, sagt Reichel. In anderen Bundesländern sei oft die Unterrichtszeit auch die bezahlte Arbeitszeit. Hier hat die GPA-djp kürzlich Klage eingebracht. ■

Bettina Härtl und Lahouri El Fontroussi (BR Ibis acam), Elke Reichel (GPA-djp)



# Bundesforum und Bundesfrauenforum 2015

## GPA-djp-Bundesforum 2015: „Stärken, mobilisieren, durchsetzen“

Vom 10. bis 12. November 2015 findet das GPA-djp-Bundesforum im Austria Center Vienna statt. Im Rahmen dieses Forums werden die inhaltlichen, strukturellen und personellen Weichen für die gewerkschaftspolitische Arbeit der nächsten fünf Jahre gestellt. Grundlage für die Beschlüsse sind die eingebrachten Anträge der Mitglieder und BetriebsrätInnen der GPA-djp.



© Robert Kneschke, Fotolia.de

Die Anträge zum Bundesforum stehen ab Mitte September auf der Website [www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at) zum Download bereit.

Austria Center Vienna  
1220 Wien  
Bruno-Kreisky-Platz 2



## GPA-djp-Bundesfrauenforum 2015: „Gleichstellung: Stärken, mobilisieren, durchsetzen“

Am 10. November 2015 findet, ebenfalls im Austria Center Vienna, das GPA-djp-Bundesfrauenforum 2015 unter dem Motto „Gleichstellung: Stärken, mobilisieren, durchsetzen“ statt.

Nähere Infos und Downloads ab Mitte September im Internet unter: [www.gpa-djp.at/frauen](http://www.gpa-djp.at/frauen)

Austria Center Vienna  
1220 Wien  
Bruno-Kreisky-Platz 2





## Krank im Urlaub – was tun?

*Immer wieder passiert es, dass ich ausgerechnet im Urlaub von einer Erkrankung betroffen bin. Was muss ich tun?*

Wenn Sie im Urlaub krank werden und die Erkrankung länger als 3 Tage dauert, wird der Urlaub ab Beginn der Erkrankung unterbrochen. Auch im Urlaub müssen Sie ihrem/ihrer ArbeitgeberIn nach 3 Tagen die Erkrankung unverzüglich mitteilen. Sorgen Sie auch dafür, dass Sie eine ärztliche Bestätigung über den Krankenstand bekommen.

Die krankheitsbedingte Unterbrechung verlängert Ihren Urlaub nicht. Sobald der vereinbarte Urlaub zu Ende ist, müssen Sie wieder arbeiten gehen, es sei denn, Sie sind

noch krank. Die Tage, die Sie während Ihres Urlaubs krank waren, werden zu Ihrem noch bestehenden Urlaubsguthaben dazugerechnet. Grundsätzlich gilt: Es ist nicht möglich, dass Ihr/e ChefIn einseitig festlegt, wann Sie auf Urlaub gehen. Zeitpunkt des Urlaubsantritts und Dauer des Urlaubs müssen zwischen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn vereinbart werden.

Haben Sie noch eine Frage zum Urlaubsgeld oder zum Urlaub? Stellen Sie Ihre Frage an: [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

## Urlaubsgeld

Das Urlaubsgeld oder 14. Monatsgehalt ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Erfolg der Kollektivvertragspolitik der GPA-djp! 14 Gehälter gibt es nämlich nur dort, wo es die Kollektivverträge vorsehen. Geringfügig Beschäftigte bekommen Urlaubs- und Weihnachtsgeld, wenn ein Kollektivvertrag gilt. Auch Teilzeitbeschäftigte haben Anspruch darauf, PraktikantInnen steht ein aliquoter Anteil zu.

Welcher Kollektivvertrag für Sie gilt, erfahren Sie bei der GPA-djp. Wir beraten Sie gerne in allen Fragen, die Ihr Arbeitsverhältnis betreffen: **05 03 01-301**

### Dienstverhinderung bei Unwetterschäden/Hochwasser

Der Arbeitsplatz kann infolge starker Unwetterschäden nicht erreicht werden! Das eigene Haus steht unter Wasser! Im überschwemmten Betrieb fallen Aufräumarbeiten an! Inwieweit bin ich zur Arbeitsleistung verpflichtet, und verliere ich – wenn ich nicht arbeite – meinen Entgeltanspruch? Eine abschließende Antwort auf diese Fragen gibt es leider nicht! Es ist stets im Einzelfall zu prüfen und zu entscheiden!

Aber zumindest ein paar grundsätzliche Dinge können gesagt werden: Angestellte behalten ihren Entgeltanspruch, wenn sie durch wichtige, ihre Person betreffende Gründe ohne ihr Verschulden während einer verhältnismäßig kurzen Zeit an der Leistung ihrer Dienste verhindert sind. Sind Angestellte wegen Unwetterschäden von ihrem Arbeitsplatz abgeschnitten, wird im Regelfall trotzdem Entgelt zustehen. Dasselbe gilt, wenn Angestellte zu spät an ihren Arbeitsplatz gelangen. Die Angestellten müssen aber jede zumutbare Möglichkeit ausschöpfen, um (pünktlich) an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Was zumutbar ist, muss nach den Begleitumständen des Einzelfalls beurteilt werden.

Für konkrete Anfragen stehen die Regionalgeschäftsstellen der GPA-djp gerne zur Verfügung.



*Für einen Betriebsübergang gibt es Regeln, die Rechte der Beschäftigten müssen respektiert werden.*

## Betriebsübergang: Was darf der neue Arbeitgeber?

*In einem Tiroler Betrieb versucht der neue Arbeitgeber einen Betriebsübergang zu nutzen, um Gehaltsbestandteile einzusparen und die Rechte des Betriebsrates zu beschneiden. Die GPA-djp gibt den Beschäftigten Rechtsschutz.*

von Barbara Lavaud

**A**ls die Beschäftigten der Tiroler Soziale Dienste GmbH Ende April dieses Jahres ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung erhielten, erlebten sie eine böse Überraschung: Sowohl die seit jeher zuerkannte Schmutz-, Erschwernis- und Gefahren-Zulage (SEG-Zulage) als auch der seit jeher bestehende Fahrtkostenzuschuss waren nicht ausbezahlt worden. Unzählige Beschwerden langten beim Betriebsrat ein. Rasch wurde klar, dass der im gleichen Monat erfolgte Betriebsübergang offenbar vom neuen Arbeitgeber benutzt worden war, um die Beschäftigten und auch den Betriebsrat selbst in ihren Rechten zu beschneiden und

finanzielle Kürzungen vorzunehmen. Der Betriebsrat wandte sich umgehend an die GPA-djp.

„Ausgerechnet in einem politisch ohnehin brisanten Bereich, nämlich der Flüchtlingsbetreuung, verhält sich der neue Arbeitgeber nicht rechtskonform“, berichtet der Tiroler Regionalgeschäftsführer der GPA-djp, Harald Schweighofer. Der Hintergrund: Die Flüchtlingsheime in Tirol wurden privatisiert. Dabei wurde der bisherige Betrieb, die „Tiroler Flüchtlingskoordination“, mit 1. April dieses Jahres in die „Tiroler Soziale Dienste GmbH“ (TSD) ausgelagert. Rechtlich lief das so ab, dass mit Stichtag 1. April 2015

die Arbeitsverhältnisse der ArbeitnehmerInnen des Tiroler Beschäftigungsvereins im Sinne des § 3 AVRAG mit allen Rechten und Pflichten auf die Tiroler Soziale Dienste GmbH übergangen. Diese Soziale Dienste GmbH ist eine landeseigene Gesellschaft, die der zuständigen Landesrätin Christine Baur (Grüne) untersteht. Aktuell werden in Tirol in 72 Unterkünften über 3.000 Menschen betreut, Tendenz steigend.

### Rechte der Beschäftigten

„In so einem Fall ist die rechtliche Lage eindeutig, es handelt sich um einen Betriebsübergang“, erklärt Rechtsschutzsekretärin Verena

Zisler. „Dabei müssen aber grundlegende Rechte der Beschäftigten respektiert werden. Der neue Arbeitgeber tritt mit allen Rechten und Pflichten in die bestehenden Arbeitsverhältnisse ein. Das heißt, die Arbeitsbedingungen bleiben aufrecht, und dazu gehören natürlich auch die Bezahlung und die Zulagen. Der neue Arbeitgeber muss den ArbeitnehmerInnen jede erfolgte Änderung unverzüglich mitteilen!“

## Ansprüche auf Zulagen aufrecht

Die Streichung der SEG-Zulage und des Fahrtkostenzuschusses widerspricht somit eindeutig und klar dem Gesetz. Anfänglich ging es aber noch um mehr: „Die Geschäftsführung und auch das Büro der Landesrätin Christine Baur versuchten, den Betriebsübergang dazu zu nutzen, um den bereits vor dem Übergang installierten Betriebsrat nicht

nur in seinen Rechten zu beschneiden, sondern diesem überhaupt die Rechtsfähigkeit abzuerkennen. Nach intensiver Intervention von unserer Seite hat sich die Situation in diesem Punkt aber entspannt. Den Beschäftigten will man allerdings nach wie vor andere Dienstverträge übergeben, die eine Verschlechterung der bisherigen wären“, führt Regionalgeschäftsführer Schweighofer aus. Auch die Kürzung und Streichung von weiteren bisher gewährten Zulagen und Zuschüssen steht im Raum.

„Der Betriebsrat hat richtig gehandelt“, betont Verena Zisler. „Er hat die neue Geschäftsführung und auch den Aufsichtsrat der TSD rechtzeitig, nämlich noch vor dem offiziellen Stichtag des Betriebsübergangs, kontaktiert und seine Mitwirkungsrechte geltend gemacht.“ Für

die GPA-djp ist die Sache daher eindeutig: Die Beschäftigten werden die ihnen vorgelegten Dienstverträge vorerst nicht unterschreiben, sondern die rechtliche Überprüfung durch Betriebsrat und GPA-djp abwarten. Ziel ist es, Betriebsvereinbarungen auszuverhandeln und auf die Einzelvertragsgestaltung Einfluss zu nehmen. ■

© Nürith Wagner-Strauss



Rechtsexpertin  
Andrea Komar

In dieser Ausgabe berichten wir von einem Betriebsübergang in Tirol, wo die RechtsschützerInnen der GPA-djp den Beschäftigten helfen, ihre Rechte gegenüber dem neuen Arbeitgeber durchzusetzen.

## Betriebsübergang: Meine Rechte als ArbeitnehmerIn

Von einem Betriebsübergang spricht man, wenn ein Unternehmen, Betrieb oder Betriebsteil auf einen anderen Inhaber übergeht. Der neue Arbeitgeber tritt mit allen Rechten und Pflichten in die im Zeitpunkt des Überganges bestehenden Arbeitsverhältnisse ein.

Bei einem Betriebsübergang bleiben die Arbeitsbedingungen aufrecht, außer aus den Bestimmungen über den Wechsel der Kollektivvertragsangehörigkeit, den betrieblichen Pensionszusagen und der Weitergeltung von Betriebsvereinbarungen ergibt sich anderes. Der neue Arbeitgeber muss den ArbeitnehmerInnen jede erfolgte Änderung der Arbeitsbedingungen unverzüglich mitteilen! Der/die ArbeitnehmerIn kann dem Übergang seines Arbeitsverhältnisses widersprechen, wenn der neue Arbeitgeber den kollektivvertraglichen Bestandsschutz oder die betrieblichen Pensionszusagen nicht übernimmt.

Werden durch den nach Betriebsübergang anzuwendenden Kollektivvertrag (oder die anzuwendenden Betriebsvereinbarungen) Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtert, kann der/die ArbeitnehmerIn innerhalb eines Monats ab dem Zeitpunkt, ab dem er die Verschlechterung erkannte, das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen oder der kollektivvertraglichen Kündigungsfristen lösen. Dem/der ArbeitnehmerIn stehen dann die gebührenden Ansprüche wie bei einer Arbeitgeberkündigung zu.

Der/die ArbeitnehmerIn kann auf Feststellung der wesentlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen klagen, und zwar innerhalb eines Monats ab Kenntnis der Änderungen der Arbeitsbedingungen. Ebenso kann ein Feststellungsverfahren nach § 54 des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes eingeleitet werden. Hat das Gericht eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen festgestellt, kann der/die ArbeitnehmerIn innerhalb eines Monats ab Rechtskraft des Urteils das Arbeitsverhältnis auflösen.



# Neues Wohnprojekt: Waldmühle Rodaun

*450 hochwertige und leistbare Wohnungen entstehen aktuell am Wiener Stadtrand in Liesing.*

von Christian Swoboda

In der Kaltenleutgebner-Straße 22–24 im 23. Wiener Gemeindebezirk errichtet die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV-GPA) gemeinsam mit der ÖSW AG, der Familienwohnbau und der Wien-Süd unter dem Projektnamen „Waldmühle Rodaun“ eine neue Wohnsiedlung mit mehreren Wohngebäuden, lokaler Infrastruktur und insgesamt 450 Wohneinheiten. Die Wohnungen werden im Frühjahr 2016 bezugsfertig sein. Für das Projekt kann man sich bereits im Kundencenter der WBV-GPA in der Werdertorgasse 9, 1010 Wien, kompetent informieren, beraten und für die künftige Wunschwohnung vormerken lassen.

## Ausgediente Zementfabrik

Die Wohnungen, die im Rahmen der Wiener Wohnbauinitiative auf

dem Areal der ehemaligen Lafarge-Perlmooser Zementfabrik entstehen, bieten modernes Wohnen in idyllischer Wohnumgebung für Familien, Paare und Singles. Zusätzlich sind Einrichtungen für betreutes Wohnen, ein Kindertagesheim, zahlreiche Gemeinschaftsbereiche sowie eine Hoch- und Tiefgarage geplant. Für ökologische Nachhaltigkeit und die Reduktion der Umweltbelastungen während des Baus sorgt eine neuartige Recyclingtechnologie im Zuge eines „Urban-Mining-Projektes“. Die Wohnhausanlage in absoluter Grünlage mit insgesamt 450 Wohnungen besteht aus mehreren Baukörpern (6 Gebäude Waldzeile, 6 Villen, Westhaus, Hanghaus) auf einem bewaldeten Südhang mit zwei Terrassen im Kaltenleutgebner Tal gegenüber dem Naturpark Föhrenberge. Des Weiteren wird ein

Nahversorger im Erdgeschoß der Garage es ermöglichen, Einkäufe auf kürzestem Weg zu erledigen.

## Natur & Fitness

Im Projekt „Waldmühle Rodaun“ wird eine professionell geführte Sport-, Gesundheits-, Fitnessanlage für Bewohner- und AnrainerInnen beheimatet sein, die zusätzlich zu den vielen Outdoor-Aktivitäten wie bspw. Wandern, Biken, Joggen, Klettern und vieles mehr einlädt. Als zusätzliches Freizeitangebot befindet sich am Dach der Hochgarage auch ein eigenes Schwimmbad für BewohnerInnen. Auf der anderen Seite des Tales liegt bereits in Niederösterreich der Naturpark Föhrenberge. Außerdem bildet ein 12.000 m<sup>2</sup> großer parkartiger Freiraum inmitten des Wohnprojekts das

Zentrum der Anlage. Dieser ist autofrei und bietet Platz für Kinderspiel und individuelle Erholung. Natürlich profitiert der 6-gruppige Kindergarten der Anlage ebenfalls vom einzigartigen Grünraumangebot.

## Grün am Rande der Großstadt

Das Projekt befindet sich auf einem bewaldeten Südhang mit zwei terrassenartigen Ebenen. Während sich das große Plateau mit den Gebäuden der Waldzeile ca. 13 Meter oberhalb des Straßenniveaus der Kaltenleutgebner Straße befindet, liegt noch 15 Meter darüber die nach Südosten geneigte obere Terrasse, auf der weitere villenartige Gebäude errichtet werden. Am Nordrand des Geländes, am Fuß der Felswand, steht auf einem durchgehenden, eingeschossigen Sockel die „Waldzeile“. Dort sind sechs Wohngebäude angesiedelt, zwischen denen der Wald sichtbar ist. Im Sockelgeschoß sind verschiedene Gemeinschafts- und Allgemeinräume sowie zumietbare Home-Offices bzw. Hobbyräume oder Werkstätten untergebracht. Auf der oberen Terrasse befinden sich dreigeschossige, villenartige Wohngebäude. Den Abschluss der Gesamtanlage bildet ein langgestrecktes nach Süden orientiertes Hanghaus. Westlich der Hochgarage verbindet eine große, grüne Stiegenanlage auch optisch die Kaltenleutgebner Straße mit dem großen Plateau. An der Kaltenleutgebner Straße wird eine Hochgarage errichtet. Diese bildet den Hauptzugang zur Anlage. Über Aufzüge erreicht man vom Straßenniveau die Eingangshalle des großen Plateaus. Weiters ist dort auch ein Nahversorger geplant, der Einkäufe des täglichen Bedarfs erleichtert. Ein vor Ort angesiedelter Kindergarten macht das Angebot für junge Familien perfekt.

## Moderne Wohnvielfalt

Die 450 Mietwohnungen sind zwischen 59 und 135 m<sup>2</sup> groß und

vorwiegend nach Süden orientiert. Jede der Wohnungen verfügt über einen privaten Freiraum in Form von Eigengarten, Balkon, Loggia oder Terrasse. Die Mieten richten sich nach den Vorgaben der Wiener Wohnbauinitiative 2011 und bieten hervorragende, leistbare Konditionen. Die Wohnungswerber haben dabei die Auswahl zwischen zwei Varianten mit unterschiedlich hohem Eigenmitteleinsatz. Eine Variante sieht im Schnitt ca. € 150,-/m<sup>2</sup> Eigenmittel des Mieters und eine Miete von voraussichtlich € 6,62/m<sup>2</sup> (netto, ohne Betriebskosten) vor. Die andere Variante bietet bei durchschnittlichen Eigenmitteln von MieterInnen von ca. € 500,-/m<sup>2</sup> eine Miete von voraussichtlich € 5,26/m<sup>2</sup> (netto, ohne Betriebskosten). Das Projekt ist auch auf Menschen mit besonderem Wohnbedarf gut vorbereitet. Knapp 80 barrierefreie Wohnungen runden das Angebot ab. Diese Einheiten werden zu Pauschalmietten angeboten und sind mit Küchen ausgestattet. Rahmenvereinbarungen mit sozialen Trägerorganisationen und Allgemeinräume für Therapie- und Gemeinschaftszwecke garantieren eine Grundversorgung an Betreuung.

## Durchdachte Mobilität

In einer Hochgarage entlang der Kaltenleutgebner Straße befindet sich auf Straßenniveau, neben den Stellplätzen des Nahversorgers, auch die Zufahrt zu rund 500 Kfz-Stellplätzen für Bewohner- und BesucherInnen. In diesem Bereich können auch Fahrräder praktisch untergebracht werden. Über eine Rampe gelangt man von der Hochgarage in die Tiefgarage der Gebäude der oberen Terrasse, wo sich weitere 150 Kfz-Stellplätze befinden. Zur Unterstützung verkehrstechnischer und ökologischer Aspekte wird in der Hochgarage auch ein zusätzlicher „Mobility Point“ geschaffen. Dieser Punkt wird Anlaufstelle der eigens installierten

Mitfahrbörse sein und bietet Möglichkeiten, E-Fahrzeuge zu betanken.

Die öffentliche Verkehrsanbindung ist mit einer direkt vor der Haustür liegenden Bushaltestelle als durchaus komfortabel zu beschreiben. Per Regionalbus 255 ist man so im Handumdrehen in Rodaun bei der Straßenbahnlinie 60, aber auch am Liesinger Bahnhof.

### Info:

Waldmühle Rodaun  
Betreuungsgesellschaft mbH

Vertriebskontakt:

Tel.: 01/533 34 14 DW 23  
wohnservice@wbv-gpa.at  
www.waldmühle-rodaun.at

### FREIE WOHNUNGEN Bestehende Objekte:

- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18/Burgogasse 12–16, 2-Zimmer-Wohnungen frei, HWB 144 KWh/m<sup>2</sup>/a
- Herrengasse 6, 3002 Purkersdorf, 3+4-Zimmer-Wohnung, 91 m<sup>2</sup>, mit 2 Terrassen, HWB 39 KWh/m<sup>2</sup>/a
- 8605 Kapfenberg, Johann-Böhm-Str. 29, 3-Zimmer-Wohnung, 65,00 m<sup>2</sup>, Loggia, HWB 48,47 KWh/m<sup>2</sup>/a
- 8053 Graz, Frühlingsstr. 35, 3-Zimmer-Wohnung, 81,00 m<sup>2</sup>, HWB 48,48 KWh/m<sup>2</sup>/a
- 2680 Semmering, Hochstr. 31, 2-Zimmer-Wohnung, 67,87 m<sup>2</sup>, Loggia, HWB 44, KWh/m<sup>2</sup>/a

### Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte  
WBV-GPA Wohnungsservice  
– Gassenlokal  
1010 Wien, Werdertorgasse 9  
Tel.: (01) 533 34 14  
Internet: www.wbv-gpa.at  
wohnungsservice@wbv-gpa.at



© weseetheworld, Fotolia.com

# Sommerangebote

Genießen Sie den Sommer. Es gibt viele Möglichkeiten zur attraktiven Freizeitgestaltung, mit der GPA-djp-CARD zu besonders günstigen Preisen.

© Burg Forchtenstein Fantastisch



## Burg Forchtenstein Fantastisch 2015

An den Wochenenden (Sa/So) zwischen 11.7. und 2.8. kann man mit Burgmaus Forfel wieder „Leben wie früher erleben“. 2 Zusatztermine: Fr. 17. u. 24. Juli

Große und Kleine schlüpfen in Ritter- und Burgdamenkostüme, und dann geht's bei mehr als 30 Stationen richtig los: Bogenschießen, Husarenritt, Greifvögel, Gruselhexe Griselda, Magier, Musikanten, Schminken und Mitmachtheater.

Kinder bis 3 Jahre: Eintritt frei!  
Für GPA-djp-Mitglieder -10 % auf die Eintrittskarte bei Vorweis der CARD an der Kasse!  
Die Ermäßigung gilt nicht für das Musical!

[www.forchtenstein.at](http://www.forchtenstein.at)

© Winnetou-Spiele Gföhl



## Winnetou-Spiele Gföhl 2015

Zu sehen ist heuer DER Klassiker schlechthin – gewissermaßen die Geschichte, wie alles begann, und wie Winnetou und Old Shatterhand zu Blutsbrüdern wurden: „Winnetou I“.

Verwegene Ritte, stimmungsvolle Musik, tolle pyrotechnische Effekte. Zu einem Fest für Groß und Klein machen 60 Mitwirkende und 17 Pferde den Event auf der einzigartigen Freilichtbühne Gföhlerwald.

25.7.–23.8., Samstag 19 Uhr, Sonntag und 15.8.: 17 Uhr

Mit der CARD ermäßigte Karten an der Tageskasse!  
Ermäßigte Vorverkaufskarten bis 12.7. in der ÖGB-Kartenstelle!

[www.winnetouspiele-gfoehl.at](http://www.winnetouspiele-gfoehl.at)

© Donau Touristik



## Schiffsausflug nach Melk ab/bis Linz

Jeden Freitag von 3.7.–28.8.2015, 8.30 Uhr ab Linz-Urfahr.

Inklusive erweitertem Frühstück und Mittagsimbiss an Bord. Nachmittags Stopp in Ybbs mit einem Konzert mit Hits aus 3 Jahrhunderten, ab 16 Uhr haben Sie Zeit zur individuellen Besichtigung der Stadt Melk. Rückfahrt per Bahn 2. Klasse mit freier Zugwahl (ÖBB).

Für GPA-djp-Mitglieder 30 % Ermäßigung pro Person: EUR 48,30 statt 69,-  
Kinder bis 5,9 Jahre gratis, von 6–14,9 Jahre nur 50 %

Buchung mit Code „GPA15“:  
Tel. 0732/20 80-39,  
[kaiserin@donautouristik.com](mailto:kaiserin@donautouristik.com)  
oder [www.donaureisen.at](http://www.donaureisen.at)

© Ewald Buhl



### Viertelfestival NÖ – Industrieviertel 2015

Das Festival bietet bis 9. August mit 60 Kunstprojekten, viele davon mit freiem Eintritt, eine Bühne „vor der Haustür“. Das diesjährige Festival-Motto lautet „DURCHBRUCH“. Es fordert dazu auf, sich mit dem Lebensraum Industrieviertel auseinanderzusetzen.

Für GPA-djp-Mitglieder ermäßigter Eintritt (EUR 12,- statt 15,-) für ein ausgewähltes Projekt: Welturaufführung des Theaterstücks „Lili Marleen – ein Lied durchbricht die Fronten“.

Termine: 17. Juli bis 1. August, jeweils Freitag und Samstag Heeresbekleidungsanstalt, 2345 Brunn am Gebirge

Informationen unter [www.viertelfestival-noe.at](http://www.viertelfestival-noe.at)

© Christoph Böhler



### Tschauner Bühne

Wiens größtes Sommertheater mit mehr als 100-jähriger Geschichte bietet auch in dieser Saison bis 6. September neben klassischem Stegreiftheater zahlreiche Gastspiele von Kabarett bis Musik.

2015 gibt es wegen des überragenden Erfolges im Vorjahr die Wiederaufnahme des Trash-Musicals „Sissi – Beuteljahre einer Kaiserin“ zu sehen.

Für GPA-djp-Mitglieder 10 % Ermäßigung für Stegreif-Klassik und Tschauner Reloaded.

Reservierungen per Mail an [karten@tschauner.at](mailto:karten@tschauner.at) oder telefonisch unter 01/914 54 14 mit dem Hinweis „GPA-djp-Mitglied“!

Informationen und Spielplan: [www.tschauner.at](http://www.tschauner.at)

© Erlebnispark Gänserndorf



### Das Abenteuer beginnt – im Erlebnispark Gänserndorf

Mit der Abenteuerkarte um EUR 25,- (–15 % CARD-Ermäßigung) für einen Tag Spaß, Sport und Erlebnis. Wie z. B. im Waldklettergarten, einer der größten Niederösterreichs, am 3-D-Bogen-Parcours mit 3-D-Tier-Safari oder beim einzigartigen Erlebnis für Jung und Alt: Offroad-Segway.

Neu: Paintball-Lasertag und Lama-Trekking-Touren! Die ersten 10 LeserInnen, die unter dem Kennwort: „GPA-djp-Abenteuerkarte“ an [office@erlebnispark-gaenserndorf.at](mailto:office@erlebnispark-gaenserndorf.at) schreiben, erhalten eine Abenteuerkarte gratis!

2230 Gänserndorf  
Siebenbrunnerstraße 55  
Tel. 02282/799 88  
[www.erlebnispark-gaenserndorf.at](http://www.erlebnispark-gaenserndorf.at)

### Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: [www.gpa-djp.at/card](http://www.gpa-djp.at/card)  
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)



© WavebreakMedia/Micro - Fotolia



# Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen! Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: [www.gpa-djp.at/gewinnspiel](http://www.gpa-djp.at/gewinnspiel), **Einsendeschluss 12. Juli 2015**. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Bernadette Kizik



24. Juni bis 12. September 2015

## Von Großkopfade und Sackpicka 2

Maurer Hauptplatz, 1230 Wien

Im zweiten Teil „A Einedrahra kommt nach Liesing!“ dient als Vorlage ein brisanter Kriminalfall aus dem 19. Jahrhundert: der des Geldfälschers Peter Bohr.

Karten: 0680/126 53 86

10 % CARD-Ermäßigung

© Hannah Neuhuber



14. Juli bis 15. August 2015

## Twelfth Night – Was Ihr wollt

Schloss Pötzleinsdorf

In Shakespeares vielleicht bester Komödie dreht sich alles um Verstellung, Verwechslung und Verwirrung – in Englisch und Deutsch an alternierenden Abenden.

Karten: 0680/225 12 90

Mit CARD EUR 18,- statt 22,-

© Joel Meyerowitz / IKS-Medienarchiv



17. Juli bis 1. November 2015

## Joel Meyerowitz – Retrospektive

Kunst Haus Wien

Die Ausstellung gibt, erstmalig in Österreich, einen umfassenden Einblick in das fotografische Spektrum von 50 Jahren seiner Fotografie.

Info: [www.kunsthawien.com](http://www.kunsthawien.com)

Mit CARD EUR 7,- statt 10,-

© Komödie am Kai



22. Juli bis 12. September 2015

## Die kleine Komödie

Komödie am Kai, Wien

Arthur Schnitzler hat in seiner „Kleinen Komödie“ zu zweien seiner Lieblingsmotive gegriffen: Liebe und Betrug. Aber diesmal ist der Betrug harmlos ...

Karten: 01/533 24 34

Info: [www.komoedieamkai.at](http://www.komoedieamkai.at)

20 % CARD-Ermäßigung

© Anna Stöcher & Elvira Stein



5. bis 30. August 2015

## Der Aufsatz

Herrenseetheater, Litschau

Auf den großen Erfolg des Vorjahres folgt eine bissige Gesellschaftssatire, in der unterschiedlichste Weltansichten mit komödiantischer Wucht aufeinanderprallen.

Karten: +43/2865/53 85

Info: [www.herrenseetheater.at](http://www.herrenseetheater.at)

10 % CARD-Ermäßigung

© www.ritter-jedenspeigen.at



15. & 16. August 2015

## Mittelalterfest „Ritter hautnah“

Schloss Jedenspeigen

Eines der schönsten Feste, 50 km von Wien, mit Ritterturnieren, Mittelaltermarkt, „Ritterspielplatz“ für Kinder, Gaukler, Minnesänger u. v. m.

Erw. EUR 10,-, Kind ab 7 J. EUR 4,-, bis 6 J. frei

Info: [www.ritter-jedenspeigen.at](http://www.ritter-jedenspeigen.at)

**Robert Streibel: April in Stein.**

Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss.  
Residenz Verlag 2015. € 22,90

Das Massaker vom 6. April 1945 im Zuchthaus Stein, wie die Justizanstalt Stein an der Donau damals hieß, war das schrecklichste der vielen Verbrechen des NS-Regimes bei Kriegsende in Niederösterreich. Im Zuchthaus selbst wurden an diesem Tag 229 Häftlinge und fünf Justizwachebeamte erschossen, unter ihnen auch der Anstaltsleiter. Am 6. und 7. April wurden Dutzende weitere Häftlinge im Stadtgebiet von Krems an der Donau und in der Umgebung ermordet. Die Gesamtzahl der Opfer ist bis heute nicht bekannt.



Krems-Stein war während der NS-Herrschaft das größte „Zuchthaus“ der „Ostmark“. Dort wurden Regimegegner eingesperrt, Kommunisten, Saboteure und Widerständler aus Österreich und aus ganz Europa. Am 6. April 1945 öffnet der Gefängnisdirektor angesichts der vorrückenden Roten Armee die Tore der Haftanstalt. Doch SS und SA jagten und ermordeten mit der Unterstützung der lokalen Bevölkerung die Häftlinge in einem beispiellosen Massaker. Einigen gelang die Flucht, einige überlebten versteckt im Keller. Die Berichte dieser Überlebenden bilden die Grundlage von Robert Streibels Roman. „April in Stein“ erzählt vom Leben im Zuchthaus, von Zwangsarbeit und politischem Widerstand, vor allem aber erstmals vom Massenmord in Krems.

Robert Streibel ist Historiker und selbst in Krems an der Donau geboren und aufgewachsen. Er wollte diesem verdängten Stück Zeitgeschichte auf den Grund gehen, und hat die Erinnerungen der Überlebenden des Massakers in zahlreichen persönlichen Gesprächen zu Papier gebracht. Alle Häftlingsgeschichten im Zuchthaus und auf der Flucht sind belegt, nur die Namen der einzelnen Personen hat Streibel verändert. Im sensiblen Umgang mit historischen Fakten und Personen hat sich Streibel entschlossen, die erzählten Geschichten – fußend auf Interviews mit ehemaligen politischen Häftlingen, Briefen, Erinnerungsberichten, Zeitungsartikeln u. a. m. – nicht zu einem historischen Tatsachenbericht, sondern zu einem emotional berührenden Roman zu verarbeiten.

Barbara Lavaud

**38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co. Für einen zukunftsfähigen Welthandel.**

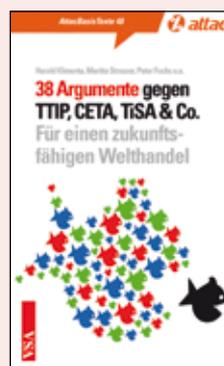
H. Klimenta, M. Strasser, P. Fuchs u. a. AttacBasisTexte 48, VSA Verlag 2015. € 7,20

Wenn es um Wirtschaft oder Welthandel geht, steigen viele Interessierte aus der komplexen Materie aus. So ein Beispiel ist auch das viel gescholtene „TTIP“, die Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen den USA und der EU (Transatlantic Trade and Investment Partnership). „38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co.“ hat daher die globalisierungskritische Organisation Attac Deutschland mit Gewerkschaften, Umweltschutzorganisationen u. a. in einem schmalen Bändchen herausgebracht.

Hier werden in 38 kurzen Kapiteln derartige Abkommen zerpfückt und erklärt, warum

sie fragwürdig sind, weil schädlich für den Umwelt-, Daten- oder Arbeitnehmerschutz. BefürworterInnen argumentieren ja gerne damit, dass TTIP angeblich zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Demgegenüber steht zu befürchten, dass davon in erster Linie noch mächtiger werdende große Konzerne profitieren. Und dass es zu keinen positiven Wachstums- und Arbeitsmarkteffekten kommt. Auch weil Europas Wirtschaft durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geprägt ist. Sie beschäftigen mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen, nur ein Viertel exportiert über die Landesgrenzen und lediglich 13 Prozent außerhalb Europas.

Ein weiterer Hauptkritikpunkt ist: Die Handelspartnerschaft würde neue bürokratische Verfahren mit sich bringen und demokratische



Prozesse unterlaufen, also letztlich die Parlamente entmachten. Umso mehr möchte das vorliegende Büchlein den LeserInnen Mut machen, öffentlich über TTIP mitzudiskutieren. Zwar lässt die Publikation Fußnoten oder ein Glossar vermissen, in dem

die sprachlichen Ungetüme der zahlreichen erwähnten Verträge kurz erklärt werden. Nützlich ist der gut strukturierte und lesbare Text allemal. Ein hilfreiches Argumentarium für ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen, BürgerInnen und WählerInnen. Damit sie das eine oder andere scheinheilige Argument durchschauen.

Heike Hausensteiner

Die vorgestellten Bücher sind **portofrei** über den **Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes** GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, zu beziehen. Mehr dazu auf **www.oegbverlag.at**

# SUMMERFEEEEELING.

JETZT ANMELDEN UND VON TOLLEN SOMMERANGEBOTEN PROFITIEREN.

BIS ZU  
**40%**  
AUF IHREN  
AUFENTHALT  
SPAREN

Doppelte  
oder dreifache  
Bonuspunkte  
sammeln

accorhotels.com/bonus

Buchungszeitraum: 15.06. - 30.08.2015, Aufenthaltszeitraum: 01.07. - 07.09.2015, je nach Marke. Bitte berücksichtigen Sie die Allgemeinen Geschäftsbedingungen auf der Aktionswebsite. Noch kein Mitglied: Anmelden unter [accorhotels.com/leclub](http://accorhotels.com/leclub)

LE CLUB ACCOR  
HOTELS

## 2 NÄCHTE BEI MERCURE IN SALZBURG GEWINNEN!

Mit dem Bonusprogramm Le Club Accorhotels und dem Kompetenz-Magazin können Sie ein Wochenende für 2 Personen im Mercure Salzburg Central gewinnen.

### TEILNAHME:

- A** Senden Sie eine **Postkarte** an:  
Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1
- B** oder **online** unter [www.gpa-djp.at/gewinnspiele](http://www.gpa-djp.at/gewinnspiele).

Einsendeschluss ist der 12.7.2015. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



SOFITEL  
LUXURY HOTELS

pullman



GRAND MERCURE

THE  
SEBEL

NOVOTEL

Suite NOVOTEL

Mercure

adagio

ibis

ibis  
STYLES

ibis  
budget

hotelF1

Thalassa  
SEA & SPA

ORBIS  
HOTELS

ACCOR  
HOTELS.  
COM